Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 42 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend | Halver Dienstag, den 19. Februar 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht reist nach Paris, um dort an der weiteren Arbeit der Sachverständigen teilzunehmen.

* Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei wird am 5. April in Weimar stattfinden.

* Der Preußische Landtag tritt am Dienstag, 19. Februar wieder zusammen.

* In Thüringen soll eine Regierung aus geschulten Beamten und nicht aus Parlamentariern gebildet werden.

* Der Präsident der Vereinigten Staaten Coolidge hat aus Sparsamkeitsgründen angeordnet, den Nordpolflug mit dem Luftschiff „Shenandoah" aufzugeben.

Aus- und Einfuhr.

Zu den Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat über die Frage der Aufhebung der Einfuhrverbote wird uns von volkswirtschaftlicher Seite geschrieben:

Man hat allzu oft die Passivität unserer Handelsbilanz dadurch heilen wollen, daß man auf die Einfuhr von „entbehrlichen", von „Luxus"waren Abwehrzölle zu legen vorschlug, oder diese Einfuhr ganz verbieten wollte. Bei einer ganzen Reihe von Artikeln ist das — zweifellos mit Recht — auch geschehen; bloß muß man nicht glauben, daß diese Einfuhrverbote von erheblichem Einfluß auf die Belancierung unserer Handelsbilanz gewesen sind. Nicht so sehr auf Verminderung der Einfuhr, als auf Vermehrung der Ausfuhr kommt es an.

Im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beantragte der Führer der christlichen Gewerkschaften, Herr Baltrusch, der Ausschuß möge zu der Frage der geplanten Aufhebung der Einfuhrverbote Stellung nehmen und die Reichsregierung ersuchen, die in Betracht kommende Verordnung vor ihrer Inkraftsetzung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorzulegen. Wenn mit diesem Antrag beabsichtigt gewesen ist, die Aufhebung der Einfuhrverbote zu fördern, so würde diese Förderung zweifellos den Nebengedanken in Erscheinung treten lassen, mittels der ausländischen Konkurrenz die deutsche Preisgestaltung zu beeinflussen. Diese Absicht hätte nur — wenn man sie überhaupt für richtig hält — schon vor Monaten verwirklicht werden müssen, um den ins Auge gefaßten Erfolg herbeizuführen; jetzt können im allgemeinen die deutschen Inlandspreise mit den ausländischen in Konkurrenz treten, wenn nicht, wie beispielsweise von Frankreich her, das gleiche „Dumping" (Dämpfung, Unterbietung) infolge sinkender Valuta einsetzt, das man uns so oft vorgeworfen hat.

Die Reichsregierung stellt sich allerdings auf den Standpunkt, daß der Abbau der Einfuhrverbote sachlich notwendig sei. Und zwar stellte sich der Reichswirtschaftsminister Hamm auf diesen eben angedeuteten Standpunkt: Preissenkung durch Öffnung der Grenzen. Das ist der Konsumentenstandpunkt. Ob dieser angesichts der besonderen Lasten, die von der deutschen Wirtschaft, nicht aber von der des Auslandes getragen werden müssen, der richtige ist, wird von manchen bezweifelt werden. Hamm ist auch selbst der Ansicht, daß es darob wirtschaftlich „Tote und Verwundete" geben wird.

Leichter läßt sich der zweite Grund anführen: man kann nicht grundsätzlich für Deutschland Ausfuhr und Einfuhr sperren. Also: wir sind noch weit stärker als vor dem Krieg, darauf angewiesen, unsere Ausfuhr zu steigern, aber Ausfuhr vor allem an hochwertigen Gütern, an Fertigfabrikaten. Nun stoßen wir aber überall in der Welt auf das Streben, die Wirtschaft zu „nationalisieren", also volle Bedarfsdeckung durch eigene Produktion herzustellen, der Einfuhr fremder Güter Schwierigkeiten in den Weg zu legen, die nur durch Handelsverträge fortgeräumt werden können. Daher bleibt auch für uns, um Entgegenkommen zu erreichen, nichts anderes übrig, als das System der Einfuhrverbote zu verlassen und zur alten Methode des Zollschutzes zurückzukehren. Ausfuhrforcierung — aber nicht als Ausverkauf, sondern auf Grund einer Produktionsforcierung vermag uns auch allein wieder unser Produktivvermögen zu vermehren, was angesichts der Kreditnot auf der Produktions-, der völlig zusammengebrochenen Kaufkraft auf der Konsumentenseite bitter notwendig, ja auch die Voraussetzung dafür ist, daß unsere Währung stabil bleibt. Die Bewältigung der Kreditnot durch Arbeit und damit durch Ersparnisse, also durch Kapitalsneubildung und durch eine behutsame Kreditregelung in Deutschland und durch Deutschland allein genügt aber nicht; darüber darf das Aufblühen einiger weniger deutscher Industrien nicht hinwegtäuschen. Die Kapitalsneubildung durch Ersparnisse ist durch einen günstigen Kapitalzins anzuregen — aber wirtschaftshemmend ist, wenn von den Banken die Kreditnot dahin ausgenützt wird, von der Rentenbank zu 10 % bezogene Kredite mit über 20 % weiter zu begeben. Das bringt weniger Gewinn, verteuert aber im ganzen und für das Ganze die Produktion.

Dieser Kampf gegen Verteuerungen auf dem Gebiet der Zahlungsbedingungen will der Minister ergänzt wissen durch Preissenkungen bei den Produktionskosten, vor allem der Kohle. Über die Frage der Gütertarife hat er nicht gesprochen, die ja wieder erhöht werden sollen, vor allem aber wirtschaftlichen Notwendigkeiten gar nicht mehr angepaßt sind. Auf der Berliner Landwirtschaftswoche sind erbitterte Worte darüber gefallen.

Aber damit hat Hamm recht, daß unser Streben die Wiedereinreihung in die internationale Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft der Völker sein muß. Ob das geschehen kann, ob wir dereinst in die Lage kommen können, die Aktivität unserer Handelsbilanz durch die Ausfuhr unserer Arbeitsprodukte zu erreichen, — darüber wird die Entscheidung fallen, wenn die Lösung des Reparationsproblems in Angriff genommen wird. Denn so lange uns der Vertrag von Versailles in den Fesseln unproduktiver Ausfuhr von Geld und Waren hält, ist an ein Emporkommen Deutschlands nicht zu denken.

*

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß erklärte sich einmütig mit dem Antrage Baltrusch einverstanden dahingehend, daß bei der weiteren Beratung über die Aufhebung von Einfuhrverboten sowie bei den vorbereitenden Arbeiten über die künftige Außenhandelspolitik der Reichswirtschaftsrat seitens der Reichsregierung rechtzeitig zur Mitarbeit herangezogen werden möge.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bayern für Abbau der Handelsbeschränkung.

Die bayerische Regierung hat bei den zuständigen Reichsstellen den Antrag gestellt, die Verordnung über die Handelsbeschränkung abzubauen. In Bayern selbst soll infolge der Stabilisierung eine mildere Auslegung der Bedürfnisfrage bei der Erteilung der Handelserlaubnis eintreten.

Landesverratsverfahren gegen den Vorwärts.

Auf Antrag des Reichswehrministers Dr. Geßler und auf Anweisung des Reichsjustizministers Emminger ist gegen den verantwortlichen Redakteur des Zentralorgans der Sozialdemokratie, Ernst Reuter, ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet worden. Unter Anklage gestellt ist die Weihnachtsnummer des Vorwärts, welche die Beseitigung des Ausnahmezustandes forderte. In dem Artikel war Bezug genommen auf Ausführungen des früheren sächsischen Innenministers Lipinski, der von dem Zusammenhang der Reichswehr mit illegalen Organisationen sprach und darlegte, daß die sächsischen Schwierigkeiten nicht entstanden sein würden, wenn die Reichsregierung mit der sächsischen Regierung in derselben Weise verhandelt hätte wie mit der bayerischen.

Hergt fordert eine Rechtsregierung.

Staatsminister a. D. Hergt hielt in Rostock einen Vortrag über die Wege und Ziele der deutschen Politik. Er sagte dabei u. a., die Rechtsregierung sei auf dem Marsche. Allgemein müsse jetzt der Ruf erschallen: Rechtsregierung heraus! Eine große Rechtsregierung werde auch ihren Eindruck in Frankreich nicht verfehlen. Gerecht müsse eine nationale Regierung sein und sozial bis auf die Knochen. Die Verfassungsfrage, die von Bayern aufgerollt ist, müsse jetzt allgemein angefaßt werden. Nur eine große Partei könne auch große Ziele verwirklichen.

Verbot von Geheimorganisationen im Rheinland.

Die Rheinlandkommission hat den Vorschlag Tirards auf Erlaß einer Ausnahmegesetzgebung gegen die Geheimorganisationen in den besetzten Gebieten angenommen. Eine Verordnung ist ergangen. Es sind Strafen bis zu lebenslänglicher Gefängnishaft vorgesehen.

Schutzbund für Preußen.

In Berlin hat sich unter dem Namen „Preußenring" ein Schutzbund für Preußen gebildet, dem eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten beigetreten ist. Der Bund erläßt einen Aufruf, in dem jeder Preuße aufgefordert wird, Widerstand zu leisten gegen die Feinde, die an der Saar, am Rhein und an der Ruhr nach preußischen Gebietsteilen greifen, dann aber auch gegen die Kräfte innerhalb Deutschlands, die Preußens Einfluß im Reiche künstlich vermindern wollen. Besonders wird auch die Beseitigung aller gegen Preußen gerichteten Bestimmungen der deutschen Verfassung gefordert.

Der völkisch-soziale Block in Thüringen.

Die nach den Wahlen gebildete Fraktion des völkisch-sozialen Blocks in Thüringen erläßt eine Erklärung, sie werde sich nicht an der Regierung beteiligen, wohl aber eine Regierung mitwählen, die nur aus deutschblütigen, nicht marxistischen Männern besteht. Die Fraktion sei der Auffassung, daß der Präsidentenposten von der stärksten, nicht marxistischen Fraktion zu besetzen sei; auf keinen Fall dürfe es ein Jude sein.

Frankreich.

× **Poincarés Kampf um seine Herrschaft.** Die Zusammenstöße in der französischen Kammer mit der Regierung werden bei den Finanzauseinandersetzungen immer heftiger. Poincaré stellte wiederholt die Vertrauensfrage und erhielt auch bisher immer noch eine, wenn auch nicht imponierende Mehrheit. Man spricht offen von einem Wechsel der Regierung. Hervé tritt in der „Victoire" offen für die Ersetzung Poincarés durch Clemenceau ein. Er führt aus, der Verlauf der gegenwärtigen Kammerdebatte habe ausreichend bewiesen, daß Poincaré nicht der Führer sei, den Frankreich brauche. Dieser Artikel Hervés erregt ein gewisses Aufsehen, weil bekannt ist, daß Hervé derartige Kampagnen nicht ohne Fühlungnahme mit den Kreisen um den Präsidenten Millerand unternimmt.

Rußland.

× **Boykott gegen Nichtanerkennung.** Das Kommissariat für Auswärtiges hat beschlossen, Staaten, welche die offizielle Anerkennung Rußlands nicht ausgesprochen haben, die Betätigung von diplomatischen Vertretungen und auch von konsularischen Agenturen zu untersagen. So wurde dem japanischen Konsul in Wladiwostok die Amtsbefugnis entzogen und voraussichtlich wird man auch die tschechischen Vertretungen in Tomsk und Kiew in gleicher Weise behandeln.

Aus In- und Ausland.

München. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist als Termin für die bayerischen Landtagswahlen der 6. April in Aussicht genommen.

München. Leutnant Wagner, der wegen der Vorkommnisse am 8./9. November verhaftet worden war, ist aus der Haft entlassen worden. Der Staatsanwalt hat das Verfahren gegen ihn eingestellt.

Braunschweig. Der frühere braunschweigische Ministerpräsident und unabhängige Sozialist Sepp Oerter ist Mitglied der Nationalsozialistischen Freiheitspartei geworden und von der Partei als Spitzenkandidat für die nächsten Wahlen in Braunschweig ausersehen.

Christiania. Die Anerkennung Rußlands durch Norwegen wird offiziell bekanntgegeben.

Neuordnung in der Pfalz.

Beseitigung der Separatistenregierung.

Zwischen der Untersuchungskommission der Alliierten und den Vertretern der pfälzischen Bevölkerung ist ein Abkommen zustandegekommen, das als Ende der „autonomen" Regierung, d. h. der Separatistenherrschaft, angesehen werden darf. Die Vereinbarung umfaßt folgende Punkte:

1. Die von den Separatisten ausgewiesenen Beamten dürfen wieder nach der Pfalz zurückkehren. 2. Bis zur Wiedereinsetzung der verfassungsmäßigen Regierungsgewalt wird der Kreisausschuß an der Herstellung von Ruhe und Ordnung mitarbeiten.

Ein Teil der bisherigen separatistischen Führer hat Speyer heimlich verlassen. Die Vertreter der Interalliierten Rheinlandkommission verhandeln mit den in Speyer anwesenden Regierungsmitgliedern über die sofortige Übernahme der Geschäfte durch eine provisorische Regierung. Endgültige Regelung über die Regierungsgewalt dürfte nach dem hergestellten Provisorium nach Verständigung zwischen London und Paris erfolgen. Es verlautet, daß die vollziehende Gewalt vorübergehend einem Direktorium übertragen werden soll, das aus dem Kreisausschuß und den bisherigen Regierungsmitgliedern der ordentlichen Regierung bestehen soll.

Freilassung der Regierungsmitglieder.

Die bisher gefangen gehaltenen Mitglieder der pfälzischen Regierung in Speyer, darunter Oberregierungsrat Jacobs, sind alle wieder freigelassen worden. Die separatistischen Posten vor dem Regierungsgebäude sind eingezogen worden.

Die Separatisten sind aus Kaiserslautern und Neustadt a. d. Haardt abgezogen. Etwa tausend pfälzische Separatisten aus den Bezirken an der französischen Grenze flüchten nach dem Elsaß.

*

Separatistische Belästigung des Msgr. Testa.

Der nach der Pfalz entsandte päpstliche Delegat Monsignore Testa hatte bei seinem Besuche in Speyer einen Zusammenstoß mit einem Separatisten. Als der päpstliche Delegat durch die Stadt zum bischöflichen Palais ging, wurde er von einem Separatisten angerempelt und vom Fußsteig herabgestoßen. Als Monsignore Testa sich dieses Benehmen verbat, sagte der Separatist: „Ich bin Autonomist," worauf Monsignore Testa antwortete: „Sie setzen sich bei mir gleich in das rechte Licht!"

Friedensschluß in der Pfalz.

Speyer, 17. Februar.

Der pfälzische Kreisausschuß veröffentlicht als vom Pfalzausschuß der Rheinlandkommission eingesetzte rechtmäßige Vertretung der Pfälzer Bevölkerung eine Proklamation, in der es u. a. heißt:

„Vom Sonntag, 17. Februar, 8 Uhr vormittags, übernimmt der Kreisausschuß für eine Übergangszeit und ohne Änderung der staatsrechtlichen Verhältnisse die Aufgabe, unter seiner Leitung und seiner Verantwortung der Besatzungsbehörde gegenüber, alle erforderlichen Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung und des öffentlichen Dienstes zu ergreifen. Die autonome Regierung stellt von dem nämlichen Zeitpunkt ab jegliche Betätigung der Regierung, der Verwaltung und der Polizei ein. Der Kreisausschuß wendet sich an die gesamte pfälzische Bevölkerung ohne Unterschied der Partei, mitzuwirken an der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Er will allen Bürgern Schutz gewähren, aber er verlangt, daß ein jeder sich ruhig verhalte, und daß bei Vermeidung schwerster Strafmißnahmen jedwede Repressalie gegen irgendeine Partei unterbleibt."

Botschafter Hoesch bei Millerand.

Paris, 17. Februar.

Präsident Millerand hat gestern nachmittag 5 Uhr den deutschen Botschafter v. Hoesch mit dem üblichen Zeremoniell zur Entgegennahme seiner Beglaubigungsschreiben empfangen. Der Botschafter und die übrigen Herren der Botschaft wurden durch den Zeremonienmeister des Quai d'Orsay abgeholt und, eskortiert von einer Schwadron Kürassere, zum Elysee geleitet. Im Hofe des Elysees erwies eine Bataillon Infanterie die militärischen Ehren.

Der Botschafter hielt bei Überreichung der Beglaubigungsschreiben eine Ansprache, in der er nach einigen einleitenden Worten sagte:

„Bei Übernahme des mir anvertrauten hohen Amtes lege ich mir vollkommen Rechnung ab von den Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern befriedigender zu gestalten. Eure Exzellenz kann davon überzeugt sein, daß ich, den Weisungen meiner Regierung entsprechend, alle meine Bemühungen der Verwirklichung dieses Zweckes widmen werde, damit auf diese Weise eine Lösung der großen Probleme, von deren Regelung in so hohem Maße die Zukunft Europas abhängt, gefördert werde."

Nachdem der Botschafter in seinen Schlußworten hervorgehoben hatte, daß er die Hoffnung hege, bei seiner Tätigkeit auf die Unterstützung des Präsidenten der Französischen Republik und auf die Mitwirkung der französischen Regierung rechnen zu können, antwortete Präsident Millerand mit einer Rede, in der er zunächst darauf hinwies, daß er sich freue, daß gerade Hoesch, der schon als Geschäftsträger in Paris

vorteilhaft bekannt gemacht hatte, zum Botschafter des betrauerten Botschafters Dr. Mayer ernannt worden sei. Dann fuhr er folgendermaßen fort:

„Der Jahresanfang hat mir Gelegenheit geboten, die Gesinnung und die Wünsche Frankreichs öffentlich zu bekunden. Sie können in vier Worte gefaßt werden: die Achtung der Verträge. Diese Formel, die genau besagt, was sie besagen soll, verbirgt keinerlei Hintergedanken. Die Vertreter Frankreichs sind im Bewußtsein der Größe der in Frage stehenden Interessen sowie der Solidarität der Völker gleich entschlossen, in keinem Punkte die Rechte aufzugeben, die sie zu bewahren haben, und, in weitestem Sinne der Versöhnlichkeit alle Lösungen zu prüfen, die ihre Achtung garantiert.

Die französische Demokratie hat sich von Grund auf friedliebend gezeigt. An dem Tage, an dem sie dazu gezwungen war, war sie bereit, alle Opfer zu bringen, um mit ihrer eigenen Unabhängigkeit die Freiheit der Welt zu verteidigen und aufrechtzuerhalten. Sie hat den lebhaftesten Wunsch, von einer derart grausamen Prüfung in Zukunft auf immer verschont zu bleiben."

Nach der Audienz wurde der Botschafter mit demselben Zeremoniell wie bei seiner Ankunft zur Botschaft zurückgeleitet.

Beginn der Reichstagsarbeit.

n. Berlin, 16. Februar.

Am Mittwoch, den 20. Februar, tritt der Reichstag wieder zusammen, nachdem das Ermächtigungsgesetz abgelaufen ist. Vorher schon wird der Auswärtige Ausschuß Stellung zur Außenpolitik nehmen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hält dabei eine größere Rede über die Verhandlungen der Sachverständigen, die deutsch-französischen Besprechungen, die Reparationsfrage und die Goldnotenbank. Möglicherweise kommt auch die Militärkontrolle zur Sprache, von deren Übertragung an den Völkerbund die Rede ist.

Auf dem Programm der ersten Sitzung der Vollversammlung des Reichstages stehen neben einigen weniger wichtigen Angelegenheiten von verschiedenen Parteien gestellte Anfragen über die durch die Separatisten in der Rheinpfalz geschaffenen Zustände und in Verbindung damit eine Anfrage Hergt über die Aburteilung der des Hochverrats im besetzten Gebiet und überhaupt beschuldigten Personen.

Zweifellos werden in der Debatte die genannten Probleme der Besatzung und der Separation aufgerollt werden, so daß eine lebhafte Tagungsperiode erwartet werden kann.

Einigung in der Kölner Bahnfrage.

Köln, 16. Februar.

Bei den Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsbahn, der Regie und der englischen Kommission über Verkehrsfragen in der Kölner Zone wurde über wichtige Punkte eine Einigung erzielt. Personenverkehr, Gepäck- und Güterverkehr werden voraussichtlich vom 1. März ab aus der Kölner Zone nach dem Regiegebiet und umgekehrt sowie im Durchgangsverkehr stattfinden können. Gewisse unvorhergesehene Schwierigkeiten in der Verkehrsabwicklung und Unstimmigkeiten bei der Erhebung der Fahrpreise müssen noch in Kauf genommen werden. Inzwischen sind schon durchgehende Züge auf den wichtigsten Strecken eingelegt worden. Weitere Verbesserungen werden auf einer demnächst in Köln beginnenden Fahrplanbesprechung beraten werden.

Landwirtschaft und Bahntarife.

Berlin, 16. Februar.

Den Auftakt zur beginnenden diesjährigen landwirtschaftlichen Woche bildete die 5. Hauptversammlung der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer, die im Gebäude des Reichswirtschaftsrates durch den Präsidenten Dr. Brandes-Althof mit einer Ansprache eröffnet wurde, in der auf die augenblickliche schwierige Lage der Landwirtschaft hingewiesen wurde. Ausführlich ging Dr. Brandes dann auf die Steuerschwierigkeiten ein. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Initiative im Einzelbetrieb, daß die Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten bald im ganzen Volk durchdringt, daß wir aus dem Stadium der Diskussionen herauskommen und endlich eintreten in das Stadium der Produktion nach einer großen Richtlinie.

Abbau der Güter- und Tiertarife verlangt.

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde darauf in die sachliche Beratung mit einem Referat des Grafen von der Schulen-Grünthal über die „Notwendigkeit des weiteren Abbaues der Eisenbahn-Güter- und Tiertarife" eingetreten. An Hand eines ausführlichen Materials wies der Vortragende nach, daß die jetzigen Eisenbahntarife für Lebensmittel um rund 100 % über den Friedenstarifen stehen, was einer entsprechenden Verteuerung der Lebensmittel für den Verbraucher gleichkommt. Ebenso sind die jetzigen Tarife für landwirtschaftliche Produktionsmittel, vor allem künstlichen Dünger, um durchschnittlich mindestens 50 % höher als im Frieden.

Nach einer lebhaften Aussprache fanden die Ausführungen ihren Niederschlag in einer Entschließung, in der gesagt wird, daß der Gütertarif unter allen Umständen stärker abzubauen, und die Klassifizierung der Güter möglichst bald einer Neubearbeitung zu unterziehen ist mit dem Ziele, die Güter nach ihrem Wert oder nach ihrer Bedeutung für die Produktion zu belasten. Der jetzige Zustand, bei dem die landwirtschaftlichen Produkte unter Friedensparität stehen, während die Tarife diese Parität bei weitem überschreiten, sei für die Landwirtschaft unhaltbar.

Aufbringung der Erwerbslosenkosten.

1½ % Beitrag für Arbeitgeber und -nehmer.

Nach der neuen Regierungsverordnung wird die Pflicht der Erwerbslosen, für die öffentliche Unterstützung eine gewisse Gegenleistung durch Arbeit einzuführen, beibehalten, jedoch ist der Grundsatz, daß die Pflichtarbeit sich auf gemeinnützige Arbeiten beschränkt, schärfer herausgearbeitet und sichergestellt, daß die Arbeitslosen nur zu solchen Pflichtarbeiten herangezogen werden, die ihnen nach ihrem körperlichen Zustande zugemutet werden können. Zu den Pflichtarbeiten können auch jugendliche Erwerbslose unter 16 Jahren herangezogen werden, die dann auch Unterstützung erhalten. Im übrigen werden Erwerbslose unter 18 Jahren nur unterstützt, wenn die oberste Landesbehörde feststellt, daß der Arbeitsmarkt für diese Altersgruppen besonders ungünstig ist. Die Kurzarbeiterunterstützung ist in das Ermessen der obersten Landesbehörden gestellt worden. Zur Aufbringung der Kosten der Erwerbslosenfürsorge werden die Arbeitgeber und Arbeitnehmer künftig mit je 1½ Hundertteilen vom Lohn herangezogen werden. Es soll geprüft werden, ob nicht Berufsgruppen, bei denen erfahrungsgemäß Erwerbslosigkeit selten ist, durch die Beiträge unverhältnismäßig belastet wären und von der Zahlungspflicht auszunehmen sind.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 19. Februar 1924.

□ **Neuer Aufruf von Notgeld.** Der Reichsfinanzminister hat das wertbeständige, auf Gold lautende und mit Goldanleihe oder auf Gold lautende Schatzanweisungen des Deutschen Reiches gesicherte Notgeld, das in den Ländern Oldenburg, Bayern und Waldeck ausgegeben ist, zum 25. Februar 1924 mit einer Einlösungsfrist von einem Monat aufgerufen.

□ **Falsche Reichsbanknoten über 100 Billionen Mark.** Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 100 Billionen Mark mit dem Datum des 26. Oktober 1923, die als Schutz ein natürliches Wasserzeichen — Distelblätter in ornamentaler Verarbeitung — sowie im Papierstoff eingebettete purpurrote und grüne Pflanzenfasern tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an dem Fehlen oder der mangelhaften Nachahmung der Echtheitsmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenfasern — unschwer zu erkennen sind. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Falschmünzerwerkstätten und dahin führende Angaben zahlt die Reichsbank hohe Belohnungen.

□ **Die kleinste Zahlungseinheit im Zahlungsverkehr mit der Post** beträgt jetzt 10 Milliarden Papiermark. Postauftrags-, Nachnahme- und Postanweisungsbeträge, soweit sie auf Papiermark lauten, müssen also durch 10 Milliarden teilbar sein. Die Wertangabe bei Wertbriefen und Wertpaketen muß fortan allgemein in Rentenmark erfolgen. Für unversiegelte Wertpakete ist die Wertgrenze auf 100 Rentenmark festgesetzt worden.

□ **Einstellung unterstützter Erwerbsloser.** Anträge auf Bewilligung von Darlehen oder Zuschüssen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge an diejenigen stillgelegten Betriebe, welche bei Wiedereröffnung mindestens 20 Erwerbslose beschäftigen, laufen in großer Zahl unmittelbar bei dem Reichsarbeitsministerium ein. Da dieses für die Entscheidung nicht zuständig ist und die bei ihm eingehenden Anträge erst weiterleiten muß, entsteht eine nicht unerhebliche Verzögerung. Das Reichsarbeitsministerium weist daher besonders darauf hin, daß die Anträge auf Bewilligung derartiger Darlehen oder Zuschüsse an die Gemeinden zu richten sind. Diese entscheiden mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises über die Bewilligung.

□ **Postsendungen für Japan.** Die russische Postverwaltung kann Postsendungen für Japan zur Beförderung über Sibirien nicht übernehmen und wird die ihr bereits zugegangenen Sendungen für Japan, die sie in Erwartung der baldigen Möglichkeit der Weitersendung vorläufig zurückgehalten hatte, nach dem Aufgabeorte zurückschicken. Briefsendungen nach Japan werden über Amerika, auf Verlangen des Absenders auch über Suez, befördert. Mit dem Leitvermerk „über Sibirien" dürfen Sendungen nach Japan zur Vermeidung von Fehlleitungen und Verzögerungen bis auf weiteres nicht mehr versehen werden.

—* **Abbau der kleinen Amtsgerichte.** Die scharfen Sparmaßnahmen, zu denen unsere Finanznot auch die Justizverwaltung zwingt, haben neben einer durchgreifenden Aenderung die mit nur einem Richter besetzten Amtsgerichte an den kleinen Orten, soweit irgend angängig, aufzuheben, und die Geschäfte durch die Beamten der benachbarten Gerichte mitverwalten zu lassen. Die Verwirklichung dieses Planes wird zweifellos einen sehr großen finanziellen Erfolg haben, da an vielen kleinen Gerichten die Beamten infolge der geringen Inanspruchnahme beim besten Willen nicht voll beschäftigt werden können. Besonders für den Richter bleibt kein volles Arbeitspensum mehr übrig, nachdem durch die kleine Justizreform von 1921 ein beträchtlicher Teil der Richtergeschäfte besonders der freiwilligen Gerichtsbarkeit den Beamten des mittleren Dienstes übertragen ist. Durch die Aufhebung dieser kleinen Gerichte würde außer der Verminderung der Personalausgaben eine große Ersparnis an Miete, Heizung und Beleuchtung für das Gerichtsgebäude und die sehr oft auch vorhandenen Dienstwohnungen eintreten. Hat somit die Volksgesamtheit bei der großen Zahl der in Frage kommenden Amtsgerichte ein lebhaftes Interesse an der tatkräftigen Verwirklichung dieser Sparmöglichkeit, so darf man doch nicht übersehen, daß die Interessen der im Bezirk des betr. Amtsgerichts wohnenden Bevölkerung dadurch wesentlich beeinträchtigt werden. Die Verlegung des Amtsgerichtssitzes wird die Gerichtseingesessenen die persönlich an Gerichtsstelle erscheinen müssen oder Wollen, in Zukunft nötigen, zeitraubende und Ausgaben verursachende Reisen zur Nachbarstadt zu machen. Man kann daher voraussehen, daß die Durchführung des Planes voraussichtlich bei der ortsansässigen Bevölkerung lebhaften Widerspruch auslösen wird. Um diesen widerstrebenden Interessen am besten gerecht zu werden, läßt sich ein Mittelweg finden, wenn an Stelle des aufzugebenden Amtsgerichts eine Gerichtsnebenstelle eingerichtet wird. An dieser würde ein Richter des Nachbargerichtes 1—2 mal im Monat erscheinen zur Wahrnehmung der Termine in Strafsachen und Zivilsachen sowie zur Erledigung der sonstigen rein richterlichen Geschäfte der streitigen und freiwilligen Gerichtsbarkeit. Einem bei der Gerichtsnebenstelle ständig zu stationierenden Justizobersekretär könnten alle Anträge eingereicht, von ihm Auskünfte eingeholt und Erklärungen zu Protokoll aufgenommen werden. In Grundbuch- und Vormundschaftssachen könnten ferner bei voller Ausnutzung der gesetzlichen Möglichkeiten zur Uebertragung von Richtergeschäften auf den Justizobersekretär in großem Umfange sofortige Entscheidungen auf die Anträge von den Parteien mitgenommen werden. Zwangsversteigerungs- und Kaufgelderbelegungstermine könnten an der Gerichtsnebenstelle abgehalten, das gesamte Mahnverfahen dort erledigt, und die besonders eiligen Einstellungen von Gerichtsvollzieher-Verkaufsterminen dort erwirkt werden. Da ferner in Zukunft jedem Zivilprozeßes ein Güteverfahren vorausgehen soll und nach dem Gesetzentwurf die Ueberweisung dieses Güteverfahrens an den Justizobersekretär in rechtlich nicht schwierigen Fragen möglich ist, so könnte in einer großen Zahl von Prozessen den zu einer gütlichen Einigung geneigten Parteien die Reise nach dem entfernten Gerichtssitze erspart werden. Die Einrichtung einer Gerichtsnebenstelle würde also den berechtigten Interessen der Bevölkerung weitgehend Rechnung tragen und gleichwohl die Möglichkeit schaffen, durch Aufhebung der jetzigen Hauptstelle das daselbst z. Zt. vollbeschäftigte Personal anderweit unterzubringen.

—* **Ferienordnung für das Schuljahr 1924.** Für das Schuljahr 1924 25 hat der Oberpräsident für die höheren Schulen der Provinz Westfalen folgende

„Tote, die leben"

Roman von A. Hottner-Grefe.

14) Nachdruck verboten.

Rolf Irwein erhob sich, warf einen Abschiedsblick auf den toten Vater und deckte das Tuch wieder über den Leichnam. Dann rief er den Hund zu sich und ging hinüber in Mamas Zimmer. Seit ihrem Tode war hier wenig verändert worden und er hoffte, auf ihrem Schreibtische oder in einer seiner Laden Briefpapier zu finden. Richtig! Hier in dem Mittelfach stand eine Kassette mit den wohlbekannten, blaßblauen Karten und Hüllen. Sie strömten noch einen feinen Duft aus von dem Parfüm, das Mama immer benützte. Sonderbar! Er meinte heute schon irgendwo einen ähnlichen Geruch verspürt zu haben. Und jetzt fiel es ihm ein: Als er dieses Gemach, in dem der Vater gefunden worden war, zum erstenmal betrat, war ihm ein leiser Hauch entgegengezogen, der ihn einen Moment an Mama erinnerte. Sollte die Papierschachtel ihren Duft so weit entsendet haben? Das war doch kaum möglich.

Sinnend setzte er sich an den Tisch und schrieb die Zeilen der Drahtnachricht an seine Schwester. Während dessen hörte er die drei Männer schon wieder aus dem Garten zurückkommen und sie betraten bereits das Gelaß.

„Nun, da sind wir fertig", nahm der Bezirksrichter Doktor Seifert das Wort. „Weder hier noch in der Veranda, noch endlich im Garten sind irgendwelche Spuren oder Anhaltspunkte zu finden und so bleibt denn nur unsere erste Annahme aufrecht: Herr Werner Irwein hat von der Hand Hedwig Mirbachs einen gewaltsamen Tod gefunden; ob vorbedacht oder zufällig, wird erst die Untersuchung ergeben."

Rolf fuhr empört auf.

„Nun und nimmer glaube ich das!" rief er aus. „Hedwig, dieses zielbewußte und gute Mädchen, das bei uns wie das Kind im Hause, sollte Hand anlegen an den Mann, dem sie gar manches zu danken hatte, an meinen Vater, an den Vater des Mannes, den sie doch liebt? Ist das denkbar? Kann das sein?"

„Für mich besteht nur die Logik der Tatsachen; auf Gefühle kann ich keine Rücksicht nehmen", sprach der Bezirksrichter kalt. „Und hier sprechen die Tatsachen klar und deutlich und sie sprechen leider schwer gegen Hedwig Mirbach."

„Und glauben Sie denn wirklich", fragte Rolf in höchster Erregung, „daß Hedwig einer solchen Tat fähig sei?"

Dr. Seifert zuckte die Achseln.

„Es ist alles schon dagewesen und Verzweiflung und getäuschte Hoffnungen haben schon oft noch zu ganz anderen Handlungen hingerissen. Ich kann ja nicht behaupten, daß Hedwig Mirbach ihren Onkel mit Vorbedacht getötet hat. Es kann ein unglücklicher Zufall mitgespielt haben. Wer weiß das? Darüber könnte nur sie selbst Aufschluß geben, wenn sie sich entschließt, ihre kindische Verantwortung von dem „geheimnisvollen Unbekannten" fallen zu lassen. Vielleicht wurde sie durch die ablehnende Haltung Herrn Irweins in solche Erregung versetzt, daß sie sich ihrer Handlung selbst nicht bewußt war; vielleicht auch wollte sie den Revolver gegen sich selbst kehren, der Onkel wollte sie hindern und der Schuß ging zufällig los. Aber schuld ist sie an dem Tode des alten Herrn. Das steht für mich fest. Wo wäre auch bei Ihrem Vater ein Grund zu einem Selbstmorde zu finden?"

„Der Verlauf des Schußkanals schließt eine solche Annahme völlig aus, wie die gerichtliche Leichenöffnung auch noch erweisen wird", fiel hier der Arzt, Doktor Michel, ein.

„Hören Sie, Herr Irwein?" fuhr Doktor Seifert fort; „und muß man da nicht auf meine Annahme zurückkommen? Aber da Herr Doktor Michel eben die Leichenöffnung erwähnte, muß ich Sie auf einen Umstand aufmerksam machen: Wir alle sind eigentlich nicht in unserer Amtsgemeinschaft hier, wenn ich auch der Bezirksrichter bin. Es muß ein gerichtlicher Augenschein stattfinden und der Leichnam überführt werden zur Obduktion. Dies werde ich für heute nachmittag veranlassen. Bis dahin muß ich das Haus verschließen und die Schlüssel, die Herr Irwein bei sich trug, an mich nehmen; ebenso jene, welche Förster Weinhart bei sich trägt. Ich meine nur jene des Hauses. Denn die zum Garten und zu dem kleinen Nebengebäude, welche für unseren Zweck nicht in Betracht kommen, können Sie behalten."

„Dagegen kann ist nichts einwenden", erwiderte Rolf. „Angenehm ist es mir aber, wenn ich das kleine Haus im Hof noch betreten darf, denn ich pflegte dort oft zu arbeiten und habe noch allerlei wichtige Papiere darin liegen, die ich gerne an mich nehmen möchte. Hier sind also Vaters Schlüssel, und Sie, Herr Förster, übergeben die Ihrigen gleichfalls dem Herrn Bezirksrichter. Den zum Garten aber behalten Sie, denn ich möchte unseren Hund Pfiff hier zurücklassen, damit das Anwesen nicht gänzlich leer steht. Für dessen Nahrung müssen Sie sorgen. Wenn Sie dann mit den Herren fortgehen, bitte ich Sie, sofort dieses Telegramm aufzugeben. Ich nehme aus dem kleinen Gebäude an mich, was ich brauche und will später meine Schwester vom Bahnhof abholen. Hierher werde ich kaum mehr zurückkehren."

Die Männer verließen nun das einsame Gebäude, der Richter schloß alles ab und steckte die Schlüssel zu sich.

„Kopf hoch," sagte er, sich verabschiedend, zu Rolf. „Auch solche Zeiten gehen vorüber. Und wenn ich Ihnen einen Rat geben kann, so ist es der: nehmen Sie auf Hedwig Mirbach Einfluß, so lange Sie es noch können, daß sie die reine Wahrheit sagt. Glauben Sie mir: Nur Klarheit kann in einer solchen Lage zum Guten führen."

Er reichte Rolf die Hand und die Herren empfahlen sich. Der junge Mann schloß hinter ihnen das Hoftor ab.

*

Nun war Rolf Irwein endlich allein. Nur Pfiff, der Hund, drängte sich an ihn und sah mit treuen Augen zu ihm auf, als verstünde er alles und wolle sagen: „Du bist nicht verlassen, ich halte bei dir aus."

Liebkosend strich die Hand des jungen Mannes über den Kopf des schönen Tieres, als er mit ihm über den Hof schritt, dem Garten zu. Aber jetzt fiel es auch ihm auf: der Hund ging so unsicher! Dann und wann stieß er an eine Wand.

Sinnend, in tiefen Gedanken, schritt Rolf den verwilderten Gartenweg entlang und ließ seine Hand auf dem Kopf des Hundes ruhen, der dicht neben ihm geblieben war. Er wollte nur das Pförtchen im Zaun sicher verwahren, dann für den Hund sorgen, seine Arbeiten aus dem Nebenhause holen und das Jägerhaus verlassen. So kam er wohl noch eine halbe Stunde früher am Bahnhof an als Hella.

Plötzlich hob Pfiff den Kopf, winselte einen Augenblick und sprang dann mit lautem Gebell auf ein Gebüsch wilder Rosen zu, das einzige im Garten, auf einer kleinen Grasfläche neben einem alten Birnbaum. Rolf kannte es wohl, denn dem Baume gegenüber befand sich eine niedrige Stelle in der Gartenmauer und von seinen Aesten konnte man sich über diese hinweg mit leichter Mühe ins Freie schwingen.

(Fortsetzung folgt.)

= **Schlank muß sie sein!** In einer großen Berliner Tageszeitung wurde von einer großen thüringischen Glaswarenfabrik eine „junge, elegante, schlanke Dame", perfekt in deutscher, englischer und französischer Korrespondenz nach deutschem Diktat, Stenographie und Schreibmaschine Bedingung, usw. gesucht. Daß der Chef, den die Dame, wie es in der Anzeige heißt, zeitweise vertreten muß, eine jüngere Kraft sucht, ist durchaus zu verstehen; daß die Dame unbedingt „elegant", also doch wohl elegant gekleidet, sein soll, ist schon weniger verständlich, daß sie aber gar „schlank" sein muß — das läßt tief blicken! Warum muß eine Stenographin und Schreibmaschinendame durchaus schlank sein? Wem soll sie imponieren — dem Chef oder den Arbeitern? U. A. w. g.

= **Entlarvung eines Mediums.** Auf „Medien", Hellseher und ähnliche Schwindler fallen selbst berühmte Gelehrte herein, und es gibt Professoren von Weltruf, die sich in solchen Fällen beinahe noch lächerlicher benehmen als die Okkultisten aus dem Laienpublikum, die ein Recht auf Dummheit haben. Da trat in den letzten Monaten in Süddeutschland und in Österreich ein Medium namens Rudolf Schneider auf und erregte durch seine wunderbaren Fähigkeiten geradezu Sensation, zumal, nachdem ein bekannter Münchener Professor, der zurzeit als eine der Hauptstützen dieser ganzen Weisheit gilt, mit ihm aufsehenerregende Experimente gemacht hatte. Für Schneider wurde dann, als er nach Wien kam, die Reklametrommel in beinahe schon widerlicher Weise geschlagen. Ein bekannter Schriftsteller und ein nicht minder bekannter Arzt setzten sich so energisch für dieses Medium ein, daß einige Universitätsprofessoren sich entschlossen, eine Untersuchung der Vorführungen vorzunehmen. Zwei Mitgliedern der Professorenkommission, die beide hervorragende Physiker sind, war es gelungen, in kurzer Zeit auf verschiedene Tricks des Mediums zu kommen und die Erscheinungen, die Schneider zeigte, selbst hervorzubringen. In einem Kreise von Professoren, Ärzten, Rechtsanwälten und Künstlern produzierte sich Universitätsprofessor Robert Pribram zur größten Heiterkeit der Anwesenden selbst als Medium. In den Kreisen der Wiener Okkultisten herrscht nun tiefes Schweigen; aber ganz Wien lacht und freut sich, daß es gelungen ist, diesen Schwindel zu entlarven. Da aber die Zahl der Dummen weit größer ist, als man gemeiniglich annimmt, werden die „Medien" aller Kaliber sicher auch in Zukunft Scharen von Gläubigen finden. Man erlebt da genau dasselbe, wie mit jenem Herrn Riese aus Pudewitz, der sich in Amerika Reese nannte und mit seinen Hellsehereien selbst die intelligentesten Zeitgenossen beschummelte, bis ein Dr. jur. — Juristen sind eben noch hellsichtiger als Hellseher — den genialen Hellseher als dunklen Ehrenmann, der einfach mit Taschenspielerkunststücken operierte, an den Pranger gestellt hat.

= **Kants Grab.** Am 22. April dieses Jahres jährt sich zum zweihundertstenmal der Tag, an dem Immanuel Kant, der größte Philosoph neuerer Zeit, zu Königsberg i. Pr. das Licht der Welt erblickte. In der Vaterstadt des Philosophen soll anläßlich dieses für ganz Deutschland, ja für die ganze Welt bedeutungsvollen Tages eine besonders würdige Feier veranstaltet werden. Bei dieser Feier soll Kants Grab in seiner neuen Form eingeweiht werden. Jahrzehntelang ist wegen einer würdigen Erneuerung der Grabstätte Kants verhandelt worden. Ein Wettbewerb war ausgeschrieben, an dem sich namhafte Künstler aus dem ganzen Reiche beteiligt haben, aber das Ergebnis befriedigte nicht. Darum entschloß man sich zu einem zweiten Wettbewerb, der auf ostpreußische Architekten und Bildhauer beschränkt war. Bei diesem ist nun sozusagen kurz vor Toresschluß eine Lösung gefunden worden, die in jeder Weise befriedigt. Die Ausführung der neuen Grabstätte wurde dem Architekten Lahrs von der Königsberger Kunstakademie übertragen. Sein preisgekrönter Entwurf zeigt in schlichten Formen eine offene Halle über der eigentlichen Grabstätte, die Kants Gebeine enthält. Jeder auffällige Schmuck ist vermieden. Eine Inschrifttafel an der Wand, die sich an den Dom anlehnt, wird auf die Weihe und Bedeutung des Ortes hinweisen. Die Gebeine Kants bleiben an ihrem bisherigen Platz, und die Örtlichkeit soll durch einen Sarkophag bezeichnet werden.

= **Das tönende Herz.** Die drahtlose Telegraphie ist nicht nur ein Mittel zur Nachrichtenübertragung im gewöhnlichen Sinne. Sie vermag viel mehr. Sie ist imstande, den Herzschlag eines Menschen über die Erde zu senden, so daß ein Arzt, der beispielsweise in Berlin wohnt, einem Herzkranken, der im Feuerlande lebt, die Diagnose stellen könnte. Die drahtlose Telegraphie macht es möglich, daß Gehörprüfungen mit einer früher unbekannten Genauigkeit durchgeführt werden können.

Kleine Nachrichten.

Zum Ludendorff-Prozeß.

Berlin, 17. Februar. Der Nationalverband Deutscher Offiziere erläßt eine Kundgebung, in der er erklärt, daß es nach seiner Auffassung nicht der Würde des deutschen Volkes entspricht, wenn ein Heerführer von der Bedeutung Ludendorffs wegen einer Handlung, zu der er sich nur aus Vaterlandsliebe getrieben fühlte, vor die Schranken des Gerichts gezogen wird.

Die Bezüge der kinderreichen Erwerbslosen.

Berlin, 17. Februar. Der leichte Rückgang in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen, insbesondere der Kurzarbeiter, ermöglicht jetzt im Rahmen der für die Erwerbslosenfürsorge bereitgestellten Mittel eine Aufbesserung der Bezüge für die kinderreichen Erwerbslosen. Der Reichsarbeitsminister hat demgemäß die obere Grenze der Zuschläge für die Familien Erwerbsloser vom einfachen auf den anderthalbfachen Betrag der Hauptunterstützung erhöht.

Vorortverkehr und Sonntagskarten.

Berlin, 17. Februar. Bei einer Besprechung, die im Reichsverkehrsministerium mit den Vertretern des Deutschen Ausschusses für Vorortverkehr stattfand, wurde die Zusage erreicht, daß die Frage einer relativen Verbilligung der Monatskarten und der Sonntagskarten bei der beabsichtigten allgemeinen Erhöhung der Fahrpreise erwogen werden soll, ferner die Einführung von Fahrkartenblocks zu billigerem Preise und die Wiedereinführung billiger Mittwochskarten.

Das amtliche Wahlergebnis in Thüringen.

Weimar, 17. Februar. Wie das Thüringer Presseamt mitteilt, haben nach dem nunmehr festgestellten amtlichen Wahlergebeis bei den Thüringer Landtagswahlen erhalten: Ordnungsbund 421 883 timmen, 35 Sitze, V.S.P.D. 203 380 Stimmen, 17 Sitze, Kommunisten 162 114 Stimmen, 13 Sitze, Deutschvölkische 81 706 Stimmen, 7 Sitze, U.S.P.D. 6864 tiimmen, keinen Sitz, Freiwirtschaftsbund 3450 Stimmen, keinen Sitz. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 985 607.

Weitere Todesopfer in Pirmasens.

Pirmasens, 17. Februar. Von den im Krankenhaus befindlichen Personen, die bei dem Sturm auf das Bezirksamtsgebäude schwer verwundet wurden, sind inzwischen noch fünf gestorben.

Dr. Schacht in London.

London, 17. Februar. Dem Vernehmen nach ist es dem hier eingetroffenen deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gelungen, sich bei seinen Bemühungen, für die deutsche Industrie auswärtige Kredite zum Einkauf von Rohstoffen zu erlangen, die Unterstützung englischer Banken zu sichern. Dr. Schacht begibt sich von hier nach Paris, um, wie angekündigt, von den Sachverständigen empfangen zu werden.

Arbeiter und Angestellte.

Dresden. (Aussperrung im sächsischen Hüttenbetrieb.) Sämtliche Hüttenwerke im Freistaat Sachsen stehen still. Rund 10 000 Arbeiter sind ausgesperrt worden, weil sie den Schiedsspruch ablehnten, der zwar grundsätzlich an der 48stündigen Arbeitswoche festhält, jedoch zur Behebung der Notlage der Wirtschaft eine tägliche Überstundenarbeit von zwei Stunden vorsieht.

London. (Der Hafenarbeiterausstand.) Die bisher gepflogenen Verhandlungen sind gescheitert. Die Hafenarbeiter in sämtlichen englischen Häfen haben Anweisung erhalten, die Arbeit niederzulegen. Es kommen 120 000 Dockarbeiter in Frage.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Wegen Beleidigung Eberts und Severings verurteilt.** Die Strafkammer in Bochum verurteilte den Gastwirt Hugo Glashammer und den Bergmann Stollmann wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert und des preußischen Innenministers Severing zu 300 und 50 Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten der Veröffentlichung und des Urteils. Die Angeklagten hatten als aus der Partei ausgetretene Sozialdemokraten an der Bierbank beschimpfende Äußerungen über den Reichspräsidenten und den Minister getan.

§ **Immer noch Kriegsgerichtsurteile.** Oberbürgermeister v. Wedelstädt aus Gelsenkirchen wurde von dem Kriegsgericht der französischen 3. Liniendivision wegen Beleidigung der Besatzungstruppen zu zehn Monaten Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde in einem Artikel „Weihnachtsgruß" gefunden, den v. Wedelstädt in einem Gelsenkirchener Blatte veröffentlicht hatte.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. **Krach beim Breslauer Sechstagerennen.** Beim Breslauer Sechstagerennen gab es Freitag eine Sensation: den amerikanischen Fahrern Kaiser-Hanley wurde vom Rennausschuß wegen unsportlichen Benehmens beim Fahren eine Strafrunde diktiert. Kaiser und Hanley verließen darauf sofort die Bahn, packten ihre Koffer und reisten ab. Sie sollen dem amerikanischen Radfahrerverband, dem sie angehören, zur Bestrafung angezeigt werden.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **In der Berliner Zentralmarkthalle wurden am 16. Februar gezahlt** für Bücklinge 45—50 Pf. das Pfund, für Tilsiter Käse 60—1,60, Limburger 1—1,20, für beste Butter bis 2,60 M. das Pfund. Gute Enten kosteten 2,50 M., junge Hühner 1,50 bis 2,25, Gänse 1,80—2,10 M. das Pfund. Der Eierpreis beträgt 20 Pf., kleine Eier kosteten 15 Pf. das Stück.

Börse und Handel.

Ruhiger Devisen- und Effektenverkehr.

* Berlin, 16. Februar.

Der Devisenmarkt war außerordentlich ruhig, die Anforderungen hatten eine weitere Abnahme erfahren, und im Einklang mit den heutigen günstigen ausländischen Marknotierungen wurden die Preise für eine ganze Reihe von Devisen niedriger notiert, so für Amsterdam, und vor allem für Paris, London und Newyork. Auffällig fest lagen Jugoslawien und Budapest, die sich bemerkenswert höher stellten. Die Zuteilungen erfolgten in gleicher Höhe wie gestern, nur bei Jugoslawien wurden 50 % zugeteilt gegen gestern 10 %. Der Effektenverkehr ruhte vollständig. Kurse wurden so gut wie gar nicht genannt, und soweit dies geschah, waren Abweichungen gegen die gestrigen Notierungen nicht zu bemerken.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr

Börsenplätze	16. 2. gesucht	16. 2. angeb.	15. 2. gesucht	15. 2. angeb.
Holland 1 Guld.	1 568 070	1 575 930	1 571 063	1 578 937
Dänemark 1 Kr.	662 340	665 660	664 335	667 665
Schweden 1 Kr.	1 093 260	1 096 740	1 101 240	1 106 760
Norwegen 1 Kr.	562 590	565 410	564 585	567 415
Finnland Mark	105 735	106 265	105 735	106 265
Amerika 1 Doll.	4189500	4210500	4189500	4210500
England 1 Pfd.	18 054 750	18 145 250	18 054 750	18 145 250
Schweiz 1 Fr.	730 170	733 830	730 170	733 830
Frankreich 1 Fr.	187 530	188 470	189 525	190 475
Belgien 1 Fr.	159 600	160 400	161 595	162 405
Italien 1 Lira	187 530	188 740	187 530	188 740
Tschechien 1 Kr.	121 695	122 305	121 695	122 305
Österr. 1000 Kr.	59 351	59 649	59 351	59 649
Ungarn 1000 Kr.	153 615	154 385	147 630	148 370

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	16. 2.	15. 2.		16. 2.	15. 2.
Weiz., märk.	160-164	160-164	Weizkl. f. Brl.	8-8,2	7,8
pommerscher	—	—	Roggkl. f. Brl.	6,7-6,8	6,4-6,5
Rogg., märk.	131-136	130-135	Raps	285-290	285-290
pommerscher	126-131	126-130	Leinsaat	415-435	415-435
westpreuß.	128-129	128	Viktor.-Erbs.	27-29,5	25-26
Braugerste	152-161	152-161	kl. Speiseerbs.	19-20	18-19
Futtergerste	137-143	137-143	Futtererbsen	13-14	13-15
Hafer, märk.	105-110	103-109	Peluschken	13-14	12-14
pommerscher	102-107	100-105	Ackerbohnen	13-14	12-14
westpreuß.	—	—	Wicken	14-15	13-15
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. ü. Not.)	25-27	25-27	Lupin., blaue	14-15	14-14,5
			Lupin., gelbe	15-16,5	15-16
			Seradella	14-14,5	14-14,5
			Rapskuchen	10-10,6	10-10,4
			Leinkuchen	21-22	21-22
Roggenmehl p. 100 Kil. fr. Berl. bratto inkl. Sack	215-23,7	21,5-23,7	Trockenschnl.	7,8-7,9	7,8-7,9
			vw. Zuckerschn.	15,5-16	15,5-16
			Torfml. 30/70	7,6	7,6
			Kartoffelfl.	16	16

* Amtlicher Schlachtviehmarkt in Berlin am 16. Februar. Auftrieb: Rinder 2347 (darunter 682 Bullen, 566 Ochsen), Kühe und Färsen 1099, Kälber 1750, Schafe 4410, Schweine 7946, Ziegen 13, Schweine aus dem Ausland 767. Preise: Ochsen 40—44, Bullen 36—38, Färsen und Kühe 36—42, Kälber 80—85, Fresser 27—32, Stallmastschafe 45—52, Schweine 68—70, Sauen 60—65, Ziegen 20—25. Marktverlauf: In allen Gattungen glatt.

* **Das Kapital der Goldnotenbank.** Nach der Londoner „Daily Chronicle" sind für die deutsche Goldnotenbank zunächst drei Milliarden Goldmark, später 4,9 Milliarden geplant. Anfangs sind 50 % Reserve vorgesehen.

* **Scheitern des Farbstoffabkommens zwischen England und Deutschland?** Der „Manchester Guardian" erfährt, obwohl noch keine definitive Nachricht vorliege, werde in den am meisten interessierten Kreisen angenommen, daß das Farbstoffabkommen zwischen England und Deutschland nicht zustandekommen werde.

Schriftleitung: Wilh. Bell Halver.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Liebsten was man hat,
Muß scheiden.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute morgen 6 Uhr unser innigstgeliebtes Söhnchen

Hans Günther

im zarten Alter von 3 Monaten zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten die tieftrauernden Eltern:

Ewald Bernhardt u. Frau.

Nieder-Buschhausen, Ahelle und Basel (Schweiz) d. 18. Febr. 24.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Februar, nachm. 2½ Uhr vom Sterbehause aus statt.

Milchversandscheine

— mit und ohne Namenaufdruck —

liefert schnell und billigst

Wilh. Bell jr., Halver.

Bekanntmachung.

Der Landwirt **Heinrich Kuhbier** zu M.-Schmidthausen ist als **Schiedsmann** für den Schulbezirk Schmidthausen und als **Schiedsmann-Stellvertreter** für die Schulbezirke Kierspe und Bornberg für eine weitere Amtsdauer von 3 Jahren bestätigend verpflichtet worden

Kierspe, den 13. Februar 1924

Der Amtmann.

Habe mein

Konfektions-Geschäft

= wieder eröffnet. =

Halte Lager in **allen Herren- und Burschen-Anzügen** sowie in allen sonstigen Artikeln in bester Qualität und zu den billigsten Preisen.

Ganz besonders empfehle

Konfirmanden-Anzüge

in großer Auswahl.

Conrad Issel, Schneidermeister,
Halver, Berlinerstr.

Reeller Verdienst für Jedermann und jeden Stand d. Verkauf. m. **Füllfederhalter m. 14 kar. pl. Goldfednr.**

1 Stück Muster			**1.25 G.-M.**
3	„	„	3.30 „
6	„	„	6.— „
12	„	„	9,80 „

Bei 100 Stück Reklame-Goldprägung gratis Franko Voreinsendung. Garantie Zurücknahme Kein Beschmutzen der Hände und Taschen, Elegante Aufmachung.

Postscheck Dresden 27 287, oder Nachnahme.

Pau Knaebel, Dresden-A

Vertreter gesucht! Reklame-Neuheiten.

Das schwerste Opfer denkender Menschen

ist, geistiger Nahrung beraubt zu sein. Wollen Sie in einer Zeit, in der das öffentliche Leben auch für den Einzelnen alles bedeutet, auf den Bezug einer guten Zeitung verzichten, die Ihnen täglich mehrmals Aufschluß über die Ereignisse des großen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens bringt? Wir dürfen annehmen:

Ganz sicher nicht!

Wir laden hiermit zum Bezuge der Rheinisch-Westfälischen Zeitung ein. Die im 186. Jahrgang stehende RWZ hat sich schon seit vielen Jahrzehnten nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland den Ruf einer entschieden nationalen und nach jeder Hinsicht unabhängigen Zeitung erworben. Darum finden ihre Ausführungen Beachtung in den Kreisen der führenden Wirtschaftspolitiker. Der Nachrichtendienst, die Auswahl des Feuilletons und Unterhaltungsstoffes befriedigt auch verwöhnte Leser. Zustellung an den wichtigen Plätzen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets erfolgt durch Boten, an allen übrigen Plätzen durch die Post. Wir empfehlen, die Bestellung für den nächsten Monat jetzt vorzunehmen.

Verlag der Rheinisch-Westfälischen Zeitung.



Pferde stehen zum Kauf oder Tausch, darunter tragende Stuten.

Gerh. Terhorst,
Sankel b. Grünenbaum.

Feuer-

Haftpflicht-, Lebensversicherungen

auf wertbeständig. Grundlage vermittelt und erteilt jede gew. Auskunft

General-Agentur
Adolf Welter,
Halver.

Zement-

Rohre,
Dielen,
Dachziegel,
Schwemmsteine
Selbsttränker
für Ställe.

Bausteinfabrik G. m. b. H.
Kierspe i. W.
Telef. Meinerzhagen 102

Visitenkarten liefert schnellstens
Druckerei Wilhem Bell jr.